

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz. **Bezirksanzeiger**

und Zeitung

Postfachkonto Dresden 2133. Girokonto 146
Bankkonto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz.

Erheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M. 850.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M. 800.—; durch die Post monatlich M. 850.— freibleibend.



Abbestellung bis zum 10. Februar 1923. Die Jahrgänge g. u. h. sind Spezialpreise (Mofse's Zeilenmesser 14) M. 80.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 70.—, Amtliche Zeile M. 240.—, und M. 200.—. — Kleinaufträge M. 200.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrausender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachschlag in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großschörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 16

Dienstag, den 6. Februar 1923.

75. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Gebührensätze für die Heimbürgerin.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 die Gebühren der Heimbürgerin wie folgt zu erhöhen:

Für Personen unter 14 Jahren 800 Mark und
für Personen über 14 Jahren 1200 Mark.

Pulsnitz, den 5. Februar 1923.

Rat der Stadt.

Zu Bädereuen in Bad Elster

können auf die Dauer bis zu 4 Wochen an besonders Bedürftige (aber nur an solche) halbe oder ganz freie Stellen oder auch Geldunterstützungen gewährt werden. Gesuche sind sofort, spätestens bis zum 15. Februar 1923 beim Wohlfahrtsamt — Ratskanzlei — einzureichen, das auch nähere Auskunft erteilt.

Pulsnitz, den 5. Februar 1923.

Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Der Sächsische Steinkohlenbauverein in Zwickau beschloß, die aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Angestellten und Arbeiter des Bergbaues sofort im sächsischen Kohlenbergbau einzustellen. Der Reichstag hat den Beschlüssen, nach welchem Erbschaftsmünzen im Nennwerte bis 1000 Mark ausgeben werden sollen, in allen drei Lesungen angenommen. Reichskanzler Dr. Cuno hat am Sonntagvor- und nachmittags in Essen, Bochum und Dortmund im Kreise von Vertretern der verschiedensten Bevölkerungskreise Besprechungen gehalten. Abends verließ der Kanzler wieder das Ruhrgebiet. Bei der Reichsregierung ist von Frankreich und von Polen je eine Note eingetroffen, die Einspruch gegen die durch die vorgenommene Verkehrseinschränkung angeblich herbeigeführte Unterbrechung des internationalen Verkehrs erhebt. Die deutschen Messen sind, solange die Ruhrbesetzung dauert, für Franzosen gesperrt. In Zwickau erschien dieser Tage auf der Grube „Emma“ eine französische Kontrollkommission, um das Werk zu besichtigen. Der Kommission wurde der Zutritt zum Werke verweigert. Im Ruhrgebiet und Rheinland sind von den Franzosen und Belgiern drei Deutsche geblödet und zwei schwer verletzt worden. Zur Erzwingung der Einstellung des Güterverkehrs nach dem unbesetzten Gebiet sind seitens der Besatzungsstruppen die Schienen auf einigen Strecken durch Hemmschuhle gesperrt. Bei einem durch die Unfähigkeit französischer Eisenbahner verursachten Eisenbahn-Unfall in Waischenau bei Mainz haben 9 Menschen den Tod gefunden. Im neubesezten Gebiete wurde ein Befehl erlassen, nach dem die Schutzpolizeibeamten die französischen Offiziere zu grüßen hätten. Bei Zuwiderhandlungen würden die Schutzpolizeibeamten ausgewiesen. In den letzten Tagen sind auch in München Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet eingetroffen, die aus Furcht vor Internierung durch die Franzosen oder infolge von Arbeitslosigkeit ihre Heimat verlassen haben. Der Belagerungszustand in Bayern wurde gestern, Montag, wieder aufgehoben. Wegen Kohlenmangels mußten in Frankreich bereits 80 Hochöfen ausgeblasen werden. Wegen verringerter Kohlenzufuhr lassen die italienischen Staatsbahnen eine Reihe von Zügen ausfallen. Die amerikanische Rüstungsindustrie trifft Vorbereitungen, um die Friedensproduktion zurückzustellen, da sie in der nächsten Zukunft aus Europa namhafte Rüstungsaufträge erwartet. — Von wem denn?

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Gebirgsverein.) Auf die heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Ratskeller stattfindende Hauptversammlung wird noch besonders hingewiesen.
Pulsnitz. (Mütterberatung.) Die Mütterberatung in Pulsnitz findet Mittwoch, den 7. Februar 1923, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus (Stadtverordnetenversammlungssaal) statt.

Pulsnitz. (Verein für Volksbildung.) Donnerstag, d. 8. Februar, 8—10 Uhr, Schule Zimmer 17: Dr. Bähler, Dresden: Entwicklungslehre und Darwinismus. — 1/8 Uhr Mitglieder-Jahresversammlung (Anträge bis Mittwoch an den Vorsitzenden).

— (Das Wetter im Februar.) Nach den Berechnungen des Leiters der öffentlichen Wetterdienststelle in Weilburg, Professor Dr. Freybe, wird der kommende Februar voraussichtlich verhältnismäßig milde sein, d. h. milder als sonst der Februar im langjährigen Durchschnitt zu sein pflegt.

— (Die Jagd im Februar.) In Sachsen dürfen im Februar, abgesehen von denjenigen Tieren, die überhaupt das ganze Jahr hindurch keine Schonzeit haben, wie z. B. Schwarzwild, Kaninchen und die Raubzeugarten, nur noch Rot- und Damwild beiderlei Geschlechts, Wildenten und Krametsvögel (Femur) geschossen werden; alle anderen Wildarten haben Schonzeit.

— (Briefmarken zu 10 000 Mark) sind in der Anfertigung durch die Reichsdruckerei begriffen, ebenso solche zu 3000 und 5000 Mark. Der Druck von Marken zu 1000 und 2000 Mark ist bereits angeordnet. Nur für diese Werte wird noch die breite, größere Form angewandt. Die Marken bis zu 500 M werden in der gewöhnlichen Größe gedruckt. (Mit Riesenschritten gehen wir russischen Verhältnissen entgegen — wirtschaftliche Bolschewisierung Deutschlands.)

— (Das Notgeld im Verkehr lassen) Einige Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß das Notgeld ab 5. Februar 1923 zur Einlösung kommt. Das ist unzutreffend. Eine endgültige Entscheidung über den Termin zum Aufruf und zur Einlösung ist bis jetzt noch nicht getroffen worden. Das Publikum wird daher gebeten, das Notgeld einzuweisen weiter im Verkehr zu lassen; um die an sich schon bestehende Zahlungsmittelknappheit nicht noch zu vergrößern. Die Einlösung des Notgeldes wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

— (Ordnungsstrafen bis zu 1 Million.) Das Reichsjustizministerium hat eine Aenderung des Reichsgeldstrafengesetzes ins Auge gefaßt, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen. Der augenblickliche Höchstbetrag (100 000 M) soll verzehnfacht werden. Ein Entwurf über die Heraussetzung der Ordnungsstrafen ist bereits dem Reichsrat zugegangen. Der Entwurf sieht Höchststrafen von 50 000 M bei größeren Vergehen, von 10 000 M bei kleineren Vergehen vor.

— (Vor 25 Jahren!) Der Durchschnittspreis für 1 Zentner Weizen 7,22 M, Roggen 6,14 M, Gerste 6,60 M, Hafer 7,06 M, 1 Pfund Rindfleisch 65 Pfg, 1 Pfund Schweinefleisch 70 Pfg, 1 Pfund Kalbfleisch 70 Pfg, 1 Pfund Hammelfleisch 65 Pfg, 1 Schock Eier 3 M, 1 Zentner Kartoffeln 2,50—3.— M. O schöne Zeit, o selige Zeit, wie bist du fern, wie liegtst du weit!...

— (Der sächsische Handelskammertag für Unterstügung der Presse.) In Anerkennung der Notlage der Presse und ihrer Bedeutung für die Öffentlichkeit trat der sächsische Handelskammertag für deren Unterstügung ein. Er steht sich veranlaßt, Handel und Industrie von sich aus ebenfalls auf die seit langem bekannten Schwierigkeiten der Presse mit der Aufforderung hinzulenken, auch ihrerseits der Presse durch Zeitungsbezug und Anzeigenaufträge nachdrücklich helfen zu wollen.

— (Das Absterben der sächsischen Zeitungen.) Von 241 im Jahre 1914 bestehenden selbständigen Zeitungen sind bis jetzt 43 eingegangen, so daß jede sechste im Jahre 1914 bestehende selbständige Zeitung ein Opfer der Wirtschaftskämpfe geworden ist. Von den noch bestehenden 198 Zeitungen (schränkten ferner 11 v. H. (21 Zeitungen) die Erscheinungsweise seit 1. Januar 1922 erheblich ein. Seit 1. Januar 1922 gingen 6 v. H. der sächsischen Zeitungen zur ausschließlichen oder überwiegenden Verwendung von Matern und Bordruzeitungen über, so daß jetzt etwa 12 v. H. der sächsischen Zeitungen nur ein bedingtes Eigenleben führen. Diese Zahlen weisen mit erschütternder Deutlichkeit auf die Lage des Zeitungsgewerbes hin.

— (Eine empfehlenswerte Strafe für Wucherer.) Aus Prag wird gemeldet, daß man dort ein sehr empfehlenswertes Mittel zur Bekämpfung des Lebensmittelmachers eingeführt hat. Da auch dort, wie bei uns, die Geld- und Arreststrafe

ihren Zweck verfehlen, wurden besondere Strafabteilungen gebildet, denen die Wucherer zugeteilt werden. Der Rat verwendet die Wucherer zum Strafenlehren und zwar muß der Wucherer gerade diejenigen Straßen täglich reinigen, in deren Nähe sich sein Geschäftslokal befindet.

Ramenz, 5. Februar. (Bezirksversammlung des Sächsischen Militärvereinsbundes.) In der gestern nachmittags im Gasthof „Stadt Berlin“ stattgefundenen außerordentlichen Bezirksversammlung des Bezirks Ramenz des Sächsischen Militärvereinsbundes waren 36 Vereine durch rund 70 Delegierte vertreten. Herzliche Begrüßungsworte des Bezirksvorsitzers Herrn Major a. D. Heine-Pulsnitz leiteten die Verhandlungen ein. Sein Willkommen galt insbesondere dem vom Bundespräsidenten ernannten Präsidialmitglied Herrn General Maerder und dem Bezirksehrenmitglied Herrn Kaufmann Grünberger. Mit packenden Worten begrüßte der Herr Bezirksvorsitzer weiter der schweren Not, die durch den Franzoseneinbruch ins Ruhrgebiet über unser deutsches Vaterland heringebrochen ist, und erwähnte zu Einigkeit und festem Zusammenhalt. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung eine Aussprache über die Erhöhung des Bundesbeitrags auf 50 M. Die Notwendigkeit dafür wurde allseitig anerkannt, und nachdem von den Herren Bezirksvorsitzer und Präsidialvertreter eingehende Aufklärung gegeben war, stimmten 32 Vereine für den Antrag des Bundes und nur 4 dagegen. Mehrere Vertreter waren sogar für einen Beitrag von 100 M eingetreten. Es folgte die Erleuchtung einiger interner Angelegenheiten; hierbei wurde u. a. bekannt gegeben, daß die im Vorjahr vorgenommene freiwillige Sammlung für drei durch Brandschaden heimgeführte Kameraden die stattliche Summe von über 51 000 Mark erbracht hat. Die Opferwilligkeit der Kameraden betätigte sich aufs glänzendste auch wieder in der geistlichen Bezirksversammlung, indem eine aus der Mitte der Versammlung angelegte Zellerfassung für unsere unter feindlicher Gewalt leidenden Volksgenossen an der Ruhr den ansehnlichen Betrag von 18 500 M ergab. Eine besondere Freude wurde den Kameraden nach beendeteter Versammlung noch durch einen sich anschließenden Vortrag des Herrn General Maerder zuteil, welcher über das Thema sprach: „Wie können wir die jetzige Zeit überstehen und was können wir aus der jetzigen Zeit lernen?“ Zwei fürchterliche Fehler habe der deutsche Idealismus im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons gemacht: die Zertrümmerung des Heeres und die Unterzeichnung des Versailles Friedensvertrages. Die Folgen waren schwere; durch die Zertrümmerung des Heeres wurden wir handlungsunfähig, verloren die Macht, unser Staatsgebiet zu schützen, und blühen die Kreditfähigkeit ein. Die Unterzeichnung zwang uns das Bekenntnis von der Alleinschuld am Kriege ab und trieb uns der verhängnisvollen Erfüllungspolitik in die Arme. In zündender Rede legte der Vortragende dann den Hörern ans Herz, nicht auf Hilfe von außen zu hoffen, weder von England noch von Rußland; nicht den Verbündeten der Pazifisten und Internationalen zu vertrauen, denn der Pazifismus sei ein Verbrechen am eigenen Volke; auch nicht darauf zu rechnen, daß eine Erhebung wie 1813 uns aus den Fesseln der Feinde erlösen könne. Es würde wohl möglich sein, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet hinauszuerweisen, da man uns aber alle modernen Waffen genommen habe, wäre dieser Erfolg ein vorübergehender; die Franzosen verfügten über 76 Fliegerregimenter, sie würden bei einer gewaltsamen Erhebung Deutschlands von der alles verheerenden Luftwaffe rücksichtslos Gebrauch machen und einfach über zahllose Großstädte im unbesetzten Deutschland namenloses Elend bringen. Für uns gibt es nur eine Hilfe: die Zeit und der sich immer mehr verärgerte Gegensatz zwischen Frankreich und England, der früher oder später diese beiden jetzt noch verbündeten zum Kriege treibt. Nach alledem darf es für uns jetzt nur einen Willen geben: alle Meinungsverschiedenheiten und allen Parteistreit zurückzustellen, in festem Zusammengehörigkeit zusammenzutreten und sich geschlossen hinter die Reichsregierung zu stellen, um dieser den Rücken zu decken. Wir müssen uns mit Geduld wappnen, dürfen dies aber auch mit stolzer Hoffnungsfreude, die sich gründet auf das, was das deutsche Volk auf sozialem, wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, nicht zuletzt auch in den 4 1/2 Jahren Weltkrieg gegen 26 feindliche Mächte geleistet hat und was uns von keiner anderen Nation der Welt nachgemacht wird. Der Vortrag, bei dem die Hörer auch manchen Blick hinter die Kulissen der Politik werfen konnten, fand allgemein den Beifall, der sich ausdrückte in dem Allgemeinergänze des Biades „Deutschland über alles“. Allseitig wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die aus trendentem Herzen kommenden, begeisterten und Begeisterung weckenden Ausführungen nicht einem größeren Preis von Hörern zugänglich waren. Möchten die einzigen Worte des Generals auf recht fruchtbaren Boden gefallen sein.

Ramenz. (Wahl des Stadiverordneten-Vorstandes.) Zum Stadiverordneten-Vorsitzer

